

Historikertag 2021: Europäische Geschichte

von Lena Jur

Besprochene Sektionen:

Denationalisierung als Gegenstand und Perspektive der Zeitgeschichte

Die Mental Maps des Brexit. Widerstreitende Vorstellungswelten von der britischen Rolle in Europa und der Welt seit den 1970er Jahren

Geschlecht und Demokratie. Deutungskämpfe um die Ordnung der bundesrepublikanischen Gesellschaft

Umkämpfte Migration. Historisch-genealogische Perspektiven auf aktuelle Integrations- und Migrationsbegriffe

Behinderung im späten Staatssozialismus. Alltagsgeschichte von behinderten Menschen in osteuropäischen Gesellschaften

Der Historikertag 2021 war in vielerlei Hinsicht ein besonderer. So wurde das Motto der Deutungskämpfe, unter dem die Konferenz eigentlich schon 2020 stattfinden sollte, durch die Corona-Pandemie noch um den ein oder anderen sehr aktuellen Alltagsbezug ergänzt. Ein zentraler Aspekt von Deutungskämpfen sind Aushandlungen von Zugehörigkeit, auf die in diesem Querschnittsbericht ein Fokus gelegt werden soll. Zugehörigkeit(en) umspannen freilich einen Themenkomplex, der von sozialen Verortungen, Identitätsfragen bis hin zu ethischen und politischen Wertvorstellungen reicht.¹

Auch auf der europäischen Bühne, die den Hintergrund zu einem Querschnittsbericht zur Europäischen Geschichte bildet, konnten in den letzten Jahren einige Entwicklungen dieser Art beobachtet werden. Die Frage nach Zugehörigkeit oder eben Nicht-Zugehörigkeit zu europäischen Staaten, zur Europäischen Union, aber auch zu Europa an sich und die damit verbundene Frage nach der Entscheidungsgewalt

¹Zur Einführung siehe beispielsweise: Nira Yuval-Davis, *Belonging and the politics of belonging*, in: *Patterns of prejudice* 40/3 (2006), S. 197-214.

spielen immer wieder eine zentrale Rolle. Die zuvor in den Hintergrund getretenen innereuropäischen Grenzen hatten schon durch die verstärkten Migrationsbewegungen mehr öffentliche Aufmerksamkeit gewonnen, doch mit der Pandemie wurden sie das erste Mal zeitweise geschlossen. Disparitäten innerhalb der EU zeigten sich wohl am deutlichsten in den Entwicklungen rund um den Brexit in Großbritannien, aber auch in anderen Ländern der Europäischen Union sind nationalistische Strömungen zu beobachten. Diese Neuaushandlungen von Zugehörigkeit(en) spielten überdies in verschiedenen Sektionen auf dem Historikertag eine Rolle.

Im folgenden Querschnittsbericht sollen einige dieser Sektionen in Hinsicht auf ihre Bedeutung für Entwicklungen innerhalb der europäischen Geschichte betrachtet werden, auch wenn nicht alle von ihnen „Europa“ oder „Europäische Geschichte“ im Titel tragen. Vorweg ist es wichtig zu bemerken, dass alle besprochenen Sektionen sich zeitlich in der Neueren Geschichte und in der Zeitgeschichte bewegen. Des Weiteren kann und will dieser Bericht keinen Anspruch auf Vollständigkeit erfüllen.²

Dieser Bericht und die in ihm besprochenen Sektionen nähern sich der europäischen Geschichte über zwei Ebenen. Zunächst soll betrachtet werden, welche Entwicklungen bezüglich der Art und Weise, wie Geschichte geschrieben wird, zu beobachten sind und welche Tendenzen sich daraus erkennen lassen. Die darauffolgend untersuchten Sektionen haben alle einen spezifischen Zugang zu Themen der europäischen Geschichte und bilden ein Panorama an möglichen weiteren Entwicklungen in der Geschichtsforschung und -schreibung ab.

Ob und inwieweit Nationalstaaten überhaupt noch einen angemessenen Rahmen für geschichtswissenschaftliche Studien bieten, war ein

²An dieser Stelle sei jedoch noch erwähnt, dass bei der Auswahl der zu besprechenden Sektionen deutlich wurde, dass die meisten Beiträge, die sich im Themenkomplex der europäischen Geschichte bewegen, eher einem kultur- oder sozialgeschichtlichen Ansatz zuzuordnen sind. Was die Frage nach einer möglichen Tendenz weg von der „klassischen“ Politikgeschichte, sei es im Sinne der Geschichte der Internationalen Beziehungen oder der Diplomatiegeschichte, aufwirft. Nicht nur für den Historikertag, sondern vielleicht auch für die (deutschsprachige) Geschichtsschreibung.

zentrales Anliegen der Sektion unter der Leitung von JULIA ANGSTER und ALMUTH EBKE (beide Mannheim), die sich der „Denationalisierung als Gegenstand und Perspektive der Zeitgeschichte“ widmete. In ihr wurden Fragen behandelt, die sich im Spannungsfeld des Bedeutungsverlusts für den nationalen Raum bewegten. Angster und Ebke wiesen in ihrer Einleitung darauf hin, dass sie das Phänomen der Denationalisierung nicht als eine Auflösung des Nationalstaats, sondern vielmehr als eine Pluralisierung der Ebenen verstünden, die zugleich eine Annäherung an empirische Befunde, aber auch an verschiedene Perspektiven der Geschichtswissenschaft ermöglicht. Insbesondere seit den 1990er-Jahren konstatierten die Sektionsleiterinnen eine Hegemoniekrise des nationalen Denkrahmens, die sich in einer konzeptuellen Neufassung der nationalen Ordnung seit diesem Zeitraum beobachten lasse.

Die Fragen nach den Auswirkungen einer Neuausrichtung des nationalen Denkrahmens führte JULIA ANGSTER im ersten Beitrag der Sektion am Beispiel der Krise der liberalen Demokratie als Krise der nationalen Ordnung weiter aus. Auch wenn die Referentin keine genuin europäische Perspektive auf diese Fragestellungen einnahm, so legte sie doch einen breiten Rahmen für die nachfolgenden Beiträge vor.

Im zweiten Beitrag griff ALMUTH EBKE die Debatten um nationale Identität am Beispiel der Aushandlungen um den Begriff der „Britishness“ von der Mitte der 1990er-Jahre bis zum Ende der Finanzkrise auf. Sie argumentierte, dass die gesellschaftlichen Aushandlungen um den Begriff eher als ein Teilprozess zu verstehen seien, der eine Anpassung an die Veränderungen der politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ermöglichten. So hätten die Aushandlungen einer britischen nationalen Identität nicht an Bedeutung verloren, sie seien vielmehr nachgelagert in den neuen Verhandlungen unter dem Schirm von „Britishness“ wiederzufinden. Diese Neuverhandlungen würden zugleich als Möglichkeit dienen, gesellschaftliche Probleme wie den erstarkenden Nationalismus in England und Wales zu behe-

ben. Trotz des offiziellen Endes der „Britishness“-Debatte seien bis heute die Folgen nicht absehbar, wie sich beispielsweise an den gesellschaftlichen Verwerfungen um den Brexit-Prozess beobachten lasse.

SILKE MENDE (Münster) lenkte den Fokus in ihrem Vortrag wieder auf einen breiteren theoretischen Rahmen, indem sie sich der Denationalisierung als Perspektive insbesondere in der europäischen Zeitgeschichtsschreibung annäherte. Sie konstatierte eine Verschiebung grundlegender Parameter in den letzten zwei Jahren, die sich auch in den Debatten um die Globalgeschichte widerspiegeln würden. So seien die Entwicklungen ebendieser um Ansätze wie den der Verflechtungsgeschichte zu Beginn der 2000er-Jahre als eine Entwicklung hin zum historischen Infragestellen des Nationalstaats zu sehen, die sich in den aktuellen Verhandlungen um Denationalisierung im Rahmen der Zeitgeschichte der Demokratie wiederfinden ließen. Hier verwies Mende vor allem auf Ansätze, die den „Container“ Nationalstaat anzweifeln, wie transregionale Perspektiven oder Mehr-Länder-Analysen. In diesem Zusammenhang plädierte die Vortragende für eine stärkere Historisierung von Richtungs- und Bewegungsbegriffen.

Dies wurde sowohl im abschließenden Kommentar von ANDREAS WIRSCHING (München) als auch in der darauffolgenden Diskussion aufgegriffen, in der Einigkeit über die Ablösung des idealtypischen Modells des Nationalstaats als zentraler Rahmen geschichtswissenschaftlicher Arbeit durch einen Paradigmenwechsel herrschte. Denationalisierung könne durchaus als eine Schnittstelle zwischen Nations- und Regionsbegriff dienen, wobei der Rolle von Region(en) große Wichtigkeit zugeschrieben wurde.

In Hinblick auf die Entwicklung der europäischen Geschichte lässt sich sicherlich konstatieren, dass Forschungsansätze, die eine denationale Perspektive bemühen, weiterhin ein großes Innovationspotential für die Geschichtswissenschaften mit sich bringen. Auch Fragen zu Zugehörigkeit können in diesem Rahmen unter neuen Blickwinkeln betrachtet werden.

Den unterschiedlichen Ver- und Aushandlungen der europäischen

Thematik in Großbritannien widmete sich die von Tobias Becker (Berlin), Bernhard Dietz (Mainz) und Martina Steber (München/Berlin) geleitete Sektion „Die Mental Maps des Brexit. Widerstreitende Vorstellungswelten von der britischen Rolle in Europa und der Welt seit den 1970er Jahren“. Jeder Beitrag der Sektion nahm eine dieser sogenannten Mental Maps in den Fokus.

BERNHARD DIETZ eröffnete die Sektion mit einem Vortrag zu „Little England“ als Mental Map und illustrierte die Entwicklung der politischen Rechten in Großbritannien anhand mehrerer ausgewählten Fallstudien, beginnend mit den Neo-Tories in den 1930er-Jahren. Diese propagierten ein anti-britisches Verständnis von englischer Identität, wobei ihre Definition von „Englishness“ von rassistischen Denkstrukturen geprägt war. Ihr Hauptanliegen lag hierbei auf dem Erhalt des britischen Empire, was in den Augen der Neo-Tories nur durch eine Neuausrichtung der britischen Regierung erreichbar wäre. Zum Wiederaufleben der Idee einer englischen Nation kam es in den späten 1960er-Jahren, in denen das Konzept eines „White Little England“ von Politiker:innen wie Enoch Powell bemüht wurde. Ausgehend von diesem Zeitraum bis hin zu den Entwicklungen in den 1990er-Jahren, sah Dietz im Aufschwung des populistisch geprägten englischen Nationalismus einen der Hauptfaktoren für den später erfolgten Brexit.

Mit dem Konzept „Global Britain“, das Großbritannien als starkes Zentrum einer weltumspannenden Mental Map sieht, beschäftigte sich MARTINA STEBER im darauffolgenden Beitrag. Dieses Konzept sei relativ neu, aber weise durchaus Kontinuitäten mit historischen Visionen von Großbritannien als Imperialmacht auf. Steber stellte „Global Britain“ als zentral für die Außenpolitik der Johnson-Regierung dar, wobei sie den Ursprung des Konzepts in den 1990er-Jahren verortete. In diesem Zeitraum sei ein neoliberaler Euroskeptizismus ein akzeptierter Teil des politischen Mediendiskurses geworden, im Zuge dessen vor allem der Globalisierungsprozess als eine wirtschaftliche Herausforderung verstanden wurde. Neben der imperialen Vergangenheit Großbritanniens, die nur in einer bereinigten Version als ar-

gumentatives Instrument benutzt würde, sah Steber zusätzlich in der unmittelbaren Vergangenheit wichtige Faktoren – wie das Ende des Kalten Krieges sowie den Globalisierungsprozess – die einen Einfluss auf die Konzeptualisierung von „Global Britain“ hatten und weiterhin haben.

ROBERT SAUNDERS (London) setzte schlussendlich das Spannungsfeld zwischen Großbritannien und Europa in den Mittelpunkt seines Vortrags, der sich mit den Gründen für den unterschiedlichen Ausgang der Referenden von 1975 und 2016 beschäftigte und dabei den Faktor Wirtschaft als entscheidend herausarbeitete. So hätte sich nichts Grundlegendes an der Wahrnehmung in Großbritannien geändert, dass Europa und das Vereinigte Königreich als jeweils andersartig konzipiert worden seien. Die Idee einer Differenz zwischen Staaten wie Frankreich, Deutschland und Großbritannien sei jedoch deutlich länger etabliert als die Idee eines vereinten Europas, das in seiner Fluidität historisiert werden müsse. Jedoch hätte die Angst vor einer imminnten wirtschaftlichen Krisensituation 1973 dafür gesorgt, dass für einen Beitritt in die EU gestimmt wurde, während es 2016 durch eine geschickte Kampagnenführung gelang, die wirtschaftlichen Bedenken in den Hintergrund zu rücken. Dies erlaubte wiederum, dass Identitätsfragen eine größere Rolle spielen konnten.

In ihrem abschließenden Kommentar interpretierte ANNE DEIGHTON (Oxford) den Brexit als Deutungskampf um Geschichte. Sie hob zwei aus ihrer Sicht entscheidende Faktoren für diese Entwicklung hervor: Sprache und die Rolle des Empires, insbesondere seines Endes. Deighton verwies darauf, dass es von äußerster Wichtigkeit sei, den sprachlichen Umgang mitzudenken, wenn man sich mit Mental Maps beschäftige. Dies spiegele sich im Einfluss des Empire sowohl auf die politische Kultur als auch auf das Verhältnis zwischen Großbritannien und Europa wider.

Die nun im Folgenden besprochenen Sektionen haben alle einen spezifischen Zugriff auf ihre jeweiligen Inhalte und können somit als richtungsweisend für die weitere Entwicklung in den Geschichtswis-

senschaften und nicht nur in der europäischen Geschichte verstanden werden. Gerade hinsichtlich der Fragestellungen rund um Zugehörigkeit, bieten sie das Potential neue Perspektiven zu eröffnen und Zusammenhänge herzustellen.

Mit der Sektion „Geschlecht und Demokratie: Deutungskämpfe um die Ordnung der bundesrepublikanischen Gesellschaft“ unter der Leitung von Isabel Heinemann (Münster), Kirsten Heinsohn (Hamburg) und Till van Rahden (Montréal), die aus dem Arbeitskreis Geschlecht und Demokratie hervorging, sollte ein Impuls geschaffen werden, Geschlecht als Kategorie in der bundesrepublikanischen Zeitgeschichte zu verorten. Wie MARTINA STEBER in ihrer Einleitung betonte, fände dies außerhalb der Geschlechtergeschichte bis jetzt wenig Resonanzräume, obwohl die Geschlechterordnung und die damit verbundenen Vorstellungen nicht nur den Alltag, sondern überdies die Politik in der Bundesrepublik strukturierten, ob dies nun bewusst oder unbewusst geschehe.

In ihrem Beitrag mit dem Titel „Gruppenbild ohne Dame? Demokratieentwürfe nach 1945“ richtete KIRSTEN HEINSOHN den Fokus auf die politische Bildung in der Nachkriegszeit und fragte nach Kontinuitäten und Restauration in diesem Bereich. Sowohl die Politik als auch das Demokratieverständnis seien zu diesem Zeitpunkt männlich geprägt gewesen – nicht nur verstanden, sondern auch gelebt. Frauen wären nur als Wählerinnen wahrgenommen worden, die zunächst einmal politisch gebildet werden mussten, was laut Heinsohn zu einer Konzipierung von Frauen als doppelt-defizitären Wesen führte. So wurde die geschlechtliche Kodierung des politischen Raums in der Nachkriegszeit kaum in Frage gestellt und falls doch, dann nur in gesonderten, homosozialen Räumen wie Frauenvereinen.

TILL VAN RAHDEN, der sich in seinem anschließenden Vortrag mit Demokratie und Männlichkeit in der BRD beschäftigte, sah jedoch in der Wahrnehmung, dass die Schuld am Zweiten Weltkrieg hauptsächlich deutschen Männern zugeschrieben wurde, eine Entwicklung weg von patriarchalen Strukturen. Diese habe sich in der leitbildge-

benden Verfassung und der in ihr rechtlich verankerten Gleichberechtigung geäußert. Selbst wenn patriarchale Strukturen den bundesrepublikanischen Alltag weiterhin prägten, so hätten die Gesetzgebungen dennoch dafür gesorgt, dass neue Formen der Männlichkeit gefunden werden mussten.

Der darauffolgende Beitrag stellte die Familie als zentralen Untersuchungsgegenstand in den Mittelpunkt, anhand dessen nicht nur Verhandlungen von Geschlechterordnungen, sondern ebenso die Agency von Frauen im Prozess der Aneignung und Ausgestaltung der westdeutschen Demokratie betrachtet werden können. ISABEL HEINEMANN plädierte für eine Neubetrachtung der Deutungskämpfe rund um das Spannungsfeld Familie. Sie beleuchtete in ihrem Vortrag die These, dass das Ideal der patriarchal geordneten Familie als soziales Ordnungsmuster den Zeitgenoss:innen den Transformationsprozess von der nationalsozialistischen Diktatur hin zur Demokratie erleichterte. Dieser These näherte sich Heinemann aus unterschiedlichen Blickwinkeln wie der politischen Debatte um Gleichberechtigung in den 1950er-Jahren oder der Familienrechtsreform 1976/78. So habe die Nutzung der patriarchalen Familie als eine „Keimzelle“ der Demokratie gleichzeitig eine retardierende Wirkung für die Geschlechtergerechtigkeit gehabt.

CHRISTINA VON HODENBERG (London) betonte in ihrem Kommentar, dass dies die erste Sektion auf einem Historikertag zu Geschlechtergeschichte und Demokratie gewesen sei. Zugleich verwies sie auf einige verbindende Bereiche der Vorträge, wie die Frage nach der Intersektionalität der dargestellten Prozesse oder auch nach einer geeigneten Periodisierung der BRD, um sich diesen zu nähern. Zudem wurden eine von von Hodenberg geforderte klare Definierung des Begriffs des Patriarchats und eine damit verbundene Trennung vom zeitgenössischen Verständnis und der Verwendung als Analysekategorie in der abschließenden Diskussion aufgenommen. Vor allem die Frage nach der sozialen Praxis wurde als ein Ansatz mit hohem Innovationspotential gesehen.

Gerade in den Wechselbeziehungen zwischen der Demokratiegeschichte und der Forschung zur Geschlechtergeschichte, die bei dieser Sektion aus den unterschiedlichsten Blickwinkeln beleuchtet wurde, scheinen sich – auch im Hinblick auf neue Ansätze zu Auseinandersetzungen mit einer europäischen (Demokratie-)Geschichte – noch viele Möglichkeiten, innovative Synergieeffekte aufspüren und nutzbar machen zu lassen.

Eine weitere Analysekatgorie, die sich in Deutungskämpfen um (Nicht-)Zugehörigkeit findet, stand im Mittelpunkt der von Maren Möhring (Leipzig) und Christiane Reinecke (Flensburg) geleiteten Sektion „Umkämpfte Migration. Historisch-genealogische Perspektiven auf aktuelle Integrations- und Migrationsbegriffe“. Diese Sektion hatte zum Ziel – so Reinicke in der Einleitung –, die ständigen Veränderungen in der Art und Weise wie im 20. Jahrhundert über Migration und Gesellschaft gesprochen wurde, besser verstehen und einordnen zu können, um somit eine jüngere Geschichte des Rassismus und der Migration in den Fokus zu nehmen.

Der erste Sektionsbeitrag von KIJAN ESPAHANGIZI (Zürich) widmete sich der Entdeckung der „Migration“ als Konzept im Zeitraum von den 1960er- bis zu den 1990er-Jahren am Beispiel der Schweiz. Hier postulierte Espahangizi nicht nur eine Variation auf der semantischen Oberfläche, sondern sah in der begrifflichen Veränderung einen Ausdruck und zugleich ein Medium tiefentektonischer gesellschaftlicher Verschiebungen, sowohl auf der perspektivischen, aber ebenso auf der praktischen, normativen sowie institutionellen Ebene. Espahangizi zufolge bietet der Migrationsbegriff die Möglichkeit einer gleichzeitigen Betrachtung verschiedener Kategorien wie Flucht, Arbeitsmarkt oder Entwicklungspolitik und stellt somit eine Projektionsfläche für unterschiedliche (zum Teil widersprüchliche) Interessen.

MARIA ALEXOPOLOU (Mannheim) wählte ebenfalls einen begriffsgeschichtlichen Zugriff und untersuchte die Genese der Begriffe „Ausländerfeindlichkeit“ und „Fremdenangst“ als mögliche Deckbegriffe für Rassismus. Hier verwies sie auf das immer noch diffuse

Verständnis dieser Begriffe, das Alexopolou unter anderem auf die relativ späte Entwicklung der Rassismusforschung in Deutschland erst Mitte der 1990er-Jahre zurückverfolgte. So seien zuvor, aber auch bis heute, die politischen und öffentlichen Wahrnehmungen dieser Begriffe eher als losgelöst von gesellschaftlichen Entwicklungen betrachtet worden.

Am Beispiel der Entwicklungen rund um die „Interkulturelle Woche“ widmete sich ÖZKAN EZLI (Münster) dem Integrationsbegriff in der BRD. Von den Anfängen in den 1970er-Jahren als „Tag des ausländischen Mitbürgers“, über die „Woche des ausländischen Mitbürgers“ in den 1980er-Jahren bis hin zu den „Interkulturellen Wochen“ ab den 2000er-Jahren, beobachtete er eine Abwendung von der kulturalisierenden Folklore, die diese Ereignisse zu Beginn prägte, hin zur Wahrnehmung von Kultur als Ressource bei späteren Veranstaltungen.

Eine ostdeutsche Perspektive brachte ANN-JUDITH RABENSCHLAG (Stockholm) mit ihrem Beitrag zum sprachlichen Umgang mit ausländischen Vertragsarbeiter:innen in der DDR ein. Sie betonte das Spannungsverhältnis zwischen dem ideologischen Anspruch der DDR, in dessen Rahmen das Vorhandensein von Rassismus geleugnet wurde, da es sich um ein kapitalistisches Phänomen handle, und dem gleichzeitigen Wissen um das Vorkommen rassistischer Vorfälle. Dies resultierte darin, dass Probleme oder Konflikte in der Berichterstattung der VEB eher als „besondere Vorkommnisse“ dokumentiert wurden. Rabenschlag sah das ideologische Konzept der Völkerfreundschaft als zu starr an, um die komplexe Wirklichkeit interkulturellen Zusammenlebens zu fassen und um innenpolitisch als wirkungsvolles Integrationskonzept fungieren zu können.

In der anschließenden Diskussion wurde zusätzlich auf die enorme Wichtigkeit von Kategorien wie Religion oder Gender im Kontext der Rassismusgeschichte in der BRD sowie in der DDR hingewiesen. So seien beispielsweise Beziehungen zwischen deutschen Frauen und ausländischen Arbeitern in der DDR moralisch abgewertet worden. Weiterhin wurde in den Begrifflichkeiten um Ausländerfreundlichkeit

im Gegensatz zur Ausländerfeindlichkeit aus Perspektive der Demokratiegeschichte der BRD auf eine Reproduktion paternalistischer Muster verwiesen.

Geschichtswissenschaftliche Untersuchungen von Wandel und Kontinuitäten in Hinsicht auf die Konstruktion von (Nicht-)Zugehörigkeit oder Andersartigkeit, sowie die Auswirkung von Migrationsbewegungen auf gesellschaftliche Diskurse über ebendiese, haben mittlerweile einen festen Platz in der europäischen Geschichtsschreibung. Dennoch wurde auf dieser Sektion deutlich, dass insbesondere eine begriffsgeschichtliche Annäherung an diese Themenkomplexe noch viel Innovationspotential für eine europäische Geschichtsschreibung bieten kann.

Wie facettenreich die Behindertengeschichte als Impuls für die (ost-)europäische Geschichte genutzt werden kann, wurde durch die Sektion „Behinderungen im späten Staatssozialismus. Alltagsgeschichte von behinderten Menschen in osteuropäischen Gesellschaften“ unter der Leitung von Sebastian Barsch (Kiel), Gabriele Lingelbach (Kiel) und Claire Shaw (Warwick) deutlich.

CLAIRE SHAW eröffnete die Sektion mit einem Beitrag zur Gehörlosenkultur im späten sowjetischen Staatssozialismus, der sich an der Schnittstelle zwischen Behinderten- und Architekturgeschichte bewegte. Sie untersuchte den Einfluss von distinktiv für (und häufig auch von) Gehörlosen geschaffenen Räumen auf die Wahrnehmung dieser Gruppe innerhalb der sowjetischen Bevölkerung, wobei sie die feine aber dennoch scharfe Trennlinie zwischen Inklusion und Exklusion herausarbeitete, die diese Räume häufig verstärkten.

Eine weitere Facette legte PIA SCHMÜSER (Kiel) in ihrem Vortrag dar, der sich Familien mit behinderten Kindern in der DDR widmete. Schmüser machte deutlich, dass die Erfahrungen von Menschen mit Behinderungen und deren Angehörigen oft in einem Kontrast zur staatlich vorgegebenen Deutung von Behinderung im Sozialismus standen, die einen Fokus auf Fürsorge, Rehabilitation und Integration vorgab. Diese staatlich vorgegebenen Deutungen wurden von betref-

fenen Familien immer wieder aufgegriffen und zurückgespiegelt, um Unterstützung von staatlicher Seite einzufordern.

ULRIKE WINKLER (München) fokussierte ihren Vortrag ebenfalls auf die Diskrepanz zwischen der vorgegebenen Programmatik und der erlebten Realität von Menschen mit Behinderungen in der DDR. Anhand mehrerer Beispiele wie dem Umbau einer Fußgängerzone in Halle oder den Streitigkeiten innerhalb einer Hausgemeinschaft in Greifswald, die sich um die Anbringung einer Rampe am Haupteingang des Hauses erzürnten, illustrierte Winkler ihre Beobachtungen. Sie betonte insbesondere, dass Fragestellungen rund um geistige Behinderungen oft völlig ausgeklammert wurden und verwies erneut auf den Kontrast zwischen dem paternalistischen Verständnis des DDR-Staats und der nicht realisierten Gleichstellung für Menschen mit Behinderung.

In seinem Kommentar verwies SEBASTIAN BARSCH auf zwei Ebenen, anhand derer Deutungskämpfe auf diesem Panel untersucht wurden: eine historisierende Ebene und eine methodologische, die Fragen nach dem spezifisch sozialistischen Element aufwarfen. Diese wurden in der Diskussion, in der die Ausgrenzung von Menschen mit Behinderung als eine konstante Verhaltensweise über die unterschiedlichen Staaten und Systeme hinweg konstatiert wurde, erneut aufgegriffen.

Das Potential der Analysekategorie „disability“ wurde in den unterschiedlichen Beiträgen der Sektion mehr als deutlich und auch hier scheint die Intersektionalität der verschiedenen Ansätze richtungsweisend für weitere Impulse in Hinsicht auf eine mögliche europäische Geschichte von Behinderung.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass auf den besuchten Sektionen zur europäischen Geschichte auf dem diesjährigen Historikertag, Fragen der Zugehörigkeit oder eben Nicht-Zugehörigkeit von großer Zentralität waren, die auf den unterschiedlichsten Ebenen und mit Hilfe der unterschiedlichsten Analysekategorien untersucht wurden. Vergleiche zwischen West- und Osteuropa, die Unterschiede

herausstellten aber auch auf Parallelen hinwiesen, waren ein immer wiederkehrendes Moment in unterschiedlichen Sektionen. Dies mag vielleicht dazu anregen, die gängigen Konzeptionen von „Ost“ und „West“ in der Geschichtsschreibung neu zu überdenken.

Sicherlich werden Ansätze zur Geschlechter-, Migrations- oder Behindertengeschichte in den nächsten Jahren noch viele fruchtbare Perspektiven auf die europäische Geschichte eröffnen können. Eine weitere Perspektive, die hier an dieser Stelle erwähnt werden soll, ist diejenige der Kindheitsgeschichte, die im Zentrum einer Sektion mit dem Titel „Kinder in prekären Verhältnissen. Deutungskämpfe um Zugehörigkeit und Identität nach 1945“ unter der Leitung von Bettina Hitzer (Dresden) und Benedikt Stuchtey (Marburg) stand und zu der die Autorin einen gesonderten Sektionsbericht verfasst hat.³

Erstaunlich ist in diesem Zusammenhang jedoch, wie wenig die Auswirkungen des europäischen Kolonialismus auf die europäischen Staaten selbst auf diesem Historikertag thematisiert wurden, obwohl gerade Fragen nach (Nicht-)Zugehörigkeiten hier eine besonders fruchtbare Perspektive aufwerfen könnten. Abgesehen von einzelnen Beiträgen wie von KRISTIN WEBER-SINN (Berlin) und einigen Nebenbemerkungen, scheint es – insbesondere in der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft – ein Desiderat zu geben, welches erst in den letzten Jahren, nicht zuletzt durch den öffentlichen Diskurs um Restitutionsfragen und durch die Arbeit diverser städtischer Postkolonial-Initiativen, immer mehr in den Fokus der Forschung geraten ist.⁴

³Der Sektionsbericht findet sich hier: <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9116> (05.01.2022).

⁴Als grundlegend ist hier auf Christiane Bürger zu verweisen: Christiane Bürger, Deutsche Kolonialgeschichte(n). Der Genozid in Namibia und die Geschichtsschreibung der DDR und BRD, Bielefeld 2017; Weitere aktuelle Publikationen, die sich dem Themenkomplex annähern, sind: Marianne Bechhaus-Gerst/Joachim Zeller, Deutschland postkolonial? Die Gegenwart der imperialen Vergangenheit, 2. Aufl., Berlin 2021; Richard Hölzl, Gläubige Imperialisten. Katholische Mission in Deutschland und Ostafrika (1830-1960), Frankfurt am Main 2021; sowie das Themenheft von Politik und Zeitgeschichte, in dem sich u.A. Beiträge von Rebekka Habermas und Sebastian Conrad finden: Aus Politik und Zeitgeschichte 69/40-42 (2019). – Kristin Weber-Sinns Vortrag in der Sektion „(Be-)Deutungskämpfe? Provenienzforschung, ihre Teilbereiche und die

Demgegenüber beschäftigt sich in der englischsprachigen Forschung schon ein breites Spektrum an Literatur mit den Spuren des Imperialismus in Alltagspraktiken. Gerade in der aktuelleren Forschung zur britischen, aber auch zur europäischen Imperialgeschichte wird deutlich, dass der Verlust von Imperien einen zunächst vielleicht subtil erscheinenden, aber nicht außer Acht zu lassenden Effekt auf politische Institutionen und Entwicklungen gehabt hat.⁵ In seiner 2011 erschienenen Studie *Memories of Empire* legt Bill Schwarz dar, wie imperiale Verbundenheit und postimperiale Ressentiments eine wichtige Rolle in der britischen Politik nach dem Zweiten Weltkrieg gespielt haben.⁶ Inwiefern sich imperiale Strukturen im britischen Wohlfahrtsstaat widerspiegeln oder weiterentwickelt haben, hat Jordanna Bailkin in ihrer zentralen Studie *Afterlife of Empire* untersucht.⁷

Gerade hier scheint es für Forschungen zur Imperial- und Kolonialgeschichte besonders wichtig und ertragreich über den „Tellerrand“ der dominierenden europäischen Großmächte wie Frankreich und Deutschland oder der gelegentlichen Beschäftigung mit Kolonialmächten wie den USA oder Japan hinauszublicken und sich mit anderen Beispielen auseinanderzusetzen.⁸ Denn auch die Betrachtung kleiner Kolonialstaaten wie Belgien oder die Niederlande, sowie ein Blick auf

Geschichtswissenschaft“ trug den Titel „Perspektiven einer postkolonialen Provenienzforschung – Kooperation, Dekolonisierung und die Persistenz kolonialer Wissensordnungen“. Der Sektionsbericht von Sebastian Schlegel findet sich hier: <https://www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-9230> (05.01.2022).

⁵Vgl. Benedikt Stuchtey, *Zeitgeschichte und vergleichende Imperien Geschichte*, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 65/3 (2017), S. 301-338. An dieser Stelle sei zusätzlich insbesondere auf die Studie von Catherine Hall und Sonya Rose verwiesen: Catherine Hall/Sonya O. Rose (Hrsg.), *At Home with the Empire: metropolitan culture and the imperial world*, Cambridge 2006.

⁶Bill Schwarz, *Memories of Empire. The white man's world*, Oxford 2011. Weiterführend hierzu: Camilla Schofield, *Enoch Powell and the making of postcolonial Britain*, Cambridge 2013.

⁷Jordanna Bailkin, *Afterlife of Empire*, Berkeley 2012. Weiterführend hierzu: Jordanna Bailkin, *Where did the empire go? Archives and decolonization in Britain*, in: *The American Historical Review* 120/3 (2015), S. 884-899.

⁸Weiterführend: Robert R Ansiaux, *Early Belgian colonial efforts: the long and fateful shadow of Leopold I.*, Arlington 2006; John K Thornton, *A cultural history of the Atlantic world, 1250-1820*, Cambridge 2012.

die Folgen des frühmodernen spanischen Reichs bieten spannende Forschungsmöglichkeiten.